

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Jugend und Soziales	Drucksachen-Nr. 343/2001				
<table border="1"> <tr> <td>X</td> <td>Öffentlich</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Nicht öffentlich</td> </tr> </table>		X	Öffentlich		Nicht öffentlich
X	Öffentlich				
	Nicht öffentlich				
Mitteilungsvorlage					
für ▼	Sitzungsdatum				
Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)	07.06.2001				

Tagesordnungspunkt

Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Inhalt der Mitteilung

Sachstandsbericht zum Beschäftigungsprojekt *Kleiderfundus/ Fahrradwerkstatt*

Am 16.05.2001 fand ein Gespräch zwischen Herrn Pütz (Caritasverband), Herrn Jäckel (Kreis-Beschäftigungsförderung) und Herrn Dekker (FB 5-500, Hilfe zur Arbeit) statt, um die weitere Ausgestaltung und die Finanzierung des Projektes zu besprechen.

Die Beschäftigung soll nun nicht mehr im Rahmen einer sozialversicherungspflichtigen Anstellung erfolgen, sondern es soll durch einen Praktikumsvertrag eine Verbindlichkeit für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer geschaffen werden.

Die tägliche Arbeitszeit soll auf max. 6 Stunden begrenzt werden, wobei jeweils freitags eine Orientierung/Schulung durch einen Stützlehrer erfolgen soll (z.B. im Bereich PC / Internet).

Die zunächst sechs Teilnehmer/innen erhalten eine monatliche Praktikumsvergütung von max. 300,- DM, die nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Daraus ergibt sich eine Aufwandsentschädigung, die nur ganz gering über der der gemeinnützigen Arbeit liegt.

Die Kreisverwaltung hat zugesagt, sich mit 50 % an der Praktikumsvergütung zu beteiligen, sowie die Kosten der Orientierung / Schulung durch den Stützlehrer zu übernehmen.

Durch den Verzicht auf sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird sich der in der ursprünglichen Konzeption vorgesehene städtische Anteil von ca. 160.000,- DM erheblich reduzieren.

Seitens des Caritasverbandes werden so bald wie möglich eine veränderte Konzeption und eine neue Kostenkalkulation vorgelegt. Da derzeit die Standortfrage noch ungeklärt ist und der endgültige Bewilligungsbescheid des Landschaftsverbandes im Juli/August zu erwarten ist, wird die Angelegenheit nach den Sommerferien den politischen Gremien der Stadt zur Entscheidung vorgelegt.